

## SOZIALDEMOKRATISCHE SELBSTAUFGABE DURCH EINHEIT MIT KOMMUNISTEN

Einheitsfrontpolitik des deutschen Exils aus der Tschechoslowakei 1939–1945

*Von Jan Foitzik*

Vor vierzig Jahren wurde in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) durch Verschmelzung der zonalen Organisationen der Sozialdemokratie und der kommunistischen Partei gebildet. In den zahllosen Festansprachen zur Feier des runden Jahrestages einer der nach SED-Lesart größten Errungenschaften in der deutschen Geschichte suchte man vergeblich nach der bloßen Erwähnung des Beitrags deutscher Mitglieder der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien aus der ČSR, wenngleich beispielsweise der amtierende Außenminister der DDR Oskar Fischer oder der Direktor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED Otto Reinhold auf eine plakative Weise die parteiliche Integration dieser Personengruppe demonstrieren. Der folgende Beitrag versucht, an vernichtete, verschüttete und verdrängte Traditionselemente zu erinnern.

### *Ausgangsbedingungen*

In den Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie stand in der Zwischenkriegszeit die politische Entwicklung im Zeichen heftiger nationalpolitischer Konflikte, sie akzentuierten und überschatteten auch soziale und ökonomische Auseinandersetzungen nachhaltig. Zum anderen unterschied sich die dortige Arbeiterbewegung von der deutschen insbesondere infolge der Nachwirkungen des militanten Austromarxismus. In Ungarn und in der Slowakei kam es nach 1918 zu revolutionären Entladungen, in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien geriet die Arbeiterbewegung vorübergehend mehrheitlich in den Sog der Kommunistischen Internationale, in beiden Ländern entstanden kommunistische Massenparteien. Zwar erholte sich die Sozialdemokratie noch in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre von ihren anfänglichen schweren Schläppen, indirekt stark gefördert durch die für die jungen kommunistischen Parteien ruinöse abenteuerliche „linke“ Politik der Komintern, doch hinterließ dieser Prozeß in der ostmitteleuropäischen Sozialdemokratie tief verwurzelte Ressentiments gegen die Kommunisten, die noch in den dreißiger Jahren nicht den geringsten Ansatzpunkt für eine Politik der Einheitsfront erlaubten. Die Sozialdemokratien Ostmitteleuropas zählten in der Zwischenkriegszeit zum „rechten“ Flügel der SAI. Weder die tschechoslowakische Sozialdemokratie noch die „Deutsche Sozialdemokratische Arbeiter-Partei in der Tschechoslowakischen Republik“ (DSAP) bildeten eine Ausnahme. Während die dreißiger Jahre in der (reichs)deutschen Arbei-

terbewegung im Untergrund und im Exil mit zahllosen Einheitsinitiativen auch von sozialdemokratischer Seite erfüllt waren, blieb in dieser Beziehung die tschechoslowakische Arbeiterbewegung ereignislos. Lokale Kooperation zwischen deutschen Sozialdemokraten, längst zum Sammelbecken aller deutschen demokratischen Kräfte in der Arbeiterbewegung geworden, und Kommunisten ist in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre in der ČSR nur vereinzelt feststellbar. Sie war eine unmittelbare Reaktion auf die massive Bedrohung durch Hitler-Deutschland. Mit dem politischen Pragmatismus einher ging ein Niedergang der politischen Theorie und Programmatik sowohl bei den Sozialdemokraten als auch bei den Kommunisten. In der deutschen Sozialdemokratie der ČSR herrschten, durch die außenpolitische Entwicklung überschattet und unterdrückt, seit 1935 Spannungen zwischen sog. Traditionalisten/Loyalisten und der volkssozialistischen Richtung um Wenzel Jaksch, der im Frühjahr 1938 die Parteiführung übernehmen konnte. Diese Richtungskämpfe hatten nicht nur abstrakte Probleme der sozialdemokratischen Theorie und Programmatik zum Gegenstand, sondern beinhalteten auch zwei verschiedene Wege zur Lösung des Problems der deutschen Minderheit in der ČSR: die sog. Traditionalisten/Loyalisten im Rahmen des tschechoslowakischen Staates, Wenzel Jaksch auf der Basis einer Autonomie-Lösung im übergreifenden mitteleuropäischen Rahmen (zwar nicht grundsätzlich den Verbleib in einer föderalen ČSR ausschließend, jedoch gleichzeitig auch für großräumige sozialistische Konzepte offen).

Eine weitere Besonderheit muß in der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung beachtet werden: Agierten die Kommunisten seit der Gründung ihrer Partei im Jahr 1921 in einer einheitlichen gesamtstaatlichen Organisation, so entstand nach 1918 eine unabhängige tschechoslowakische und eine deutsche Sozialdemokratie, die erst gegen Ende der zwanziger Jahre zur parlamentarischen Kooperation zusammenfanden.

### *Rahmenbedingungen*

Das Münchener Diktat Deutschlands, Italiens, Frankreichs und Großbritanniens, von den Tschechen als unmittelbare Bedrohung der nationalen Existenz wahrgenommen, zerschlug die Erste Tschechoslowakische Republik und ihre Arbeiterbewegung. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie trat im Herbst 1938 aus der SAI aus. Es war kein formaler Akt, sondern ein unmißverständlicher Protest gegen die fehlende Unterstützung durch die britische und vor allem die französische Arbeiterbewegung. Im Exil gewannen linke Exponenten an Einfluß, und bereits in den ersten Jahren fand im nationalpolitischen Interesse eine Annäherung an das sowjetrussische Vorbild statt, Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Fusion mit den Kommunisten wurde kundgetan. 1943 hatte sich diese Linie im Exil weitgehend durchgesetzt. Slowakische Sozialdemokraten schritten in diesem Jahre bereits zur organisatorischen Fusion mit den Kommunisten – formal eigenmächtig und ohne jeden Kontakt zum Exil – und vollzogen am 17. September 1944 auf der Basis ihrer Eingliederung in die kommunistische Partei ihren Beschluß. Auf der ersten sozialdemokratischen Konferenz im befreiten Gebiet im April 1945 in Kaschau (Košice) traten sogar die Gemäßigten für die Einheit mit den Kommunisten „um jeden Preis“ ein. Die Sozialdemokratie befand sich längst im Schlepptau der kommunistischen Partei, nicht nur politisch, sondern auch

organisatorisch und teilweise auch schon personell. Nachdem im Exil die Kommunisten Anfang 1944 die Bildung eines Blocks der drei tschechoslowakischen sozialistischen Parteien (Sozialdemokraten, Kommunisten und nationale Sozialisten) erreicht hatten und damit alle wichtigen Vorentscheidungen über das politische System der Nachkriegs-ČSR gefallen waren, hemmte in der befreiten ČSR einzig und allein die KPTsch aus machtpolitischem Kalkül die Zusammenfassung der sozialistischen Parteien der Tschechoslowakei zu einer Einheitspartei.

### *Durch Einheit ins Abseits*

Mit etwa 5000 Sozialdemokraten und 1500 Kommunisten waren etwa 6 % bzw. 11 % der jeweiligen Parteimitglieder im Exil. Insgesamt befanden sich damit ungefähr zweieinhalb Prozent der in der deutschen Arbeiterbewegung der ČSR organisierten Kräfte während des Krieges außerhalb des Landes. Politisches Zentrum des tschechoslowakischen Exils war London, der Sitz der Exilregierung um den Präsidenten Edvard Beneš. Moskau als Sitz der Exilleitung der KPTsch gewann schon zu Beginn der vierziger Jahre zentrale politische Bedeutung, allerdings befanden sich dort keine deutschen Sozialdemokraten aus der ČSR.

### *Erste Phase: In Opposition vereint*

Im Zeichen der Einheits- und Volksfrontpolitik standen die ersten organisationspolitischen Aktivitäten der deutschen KPTsch-Gruppe in England (sog. Beuer-Gruppe), jäh unterbrochen durch den Abschluß des deutsch-sowjetischen Beistandspakts im August 1939. Die noch kurz zuvor durch Kommunisten gebildete überparteiliche und übernationale Jugendorganisation „Young Czechoslovakia“ wurde zum bloßen Anhängsel der kommunistischen Partei; gegenüber dem tschechoslowakischen Auslandswiderstand um Beneš wurde ein Kollisionskurs eingeschlagen.

Im deutschen sozialdemokratischen Exil brachen 1940 die in den letzten Jahren unterdrückten Differenzen auf, im Oktober 1940 schieden die sog. Loyalisten/Traditionalisten aus der von Jaksch geführten „Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten“, der Exilorganisation der DSAP, aus. Ungefähr ein Drittel der sozialdemokratischen England-Gruppe konstituierte sich als „Auslandsgruppe der DSAP in der ČSR“, auch „Zinner-Gruppe“ genannt, in bewußter Frontstellung zu der in der „Treuegemeinschaft“ zusammengefaßten Mehrheitsgruppe. Schon auf ihrer ersten Vollversammlung am 5. Oktober 1941 bekannte sich die Zinner-Gruppe auf der Grundlage der Auffassung, daß der Entwicklung der letzten Jahre nicht nationale, sondern ökonomische und soziale Ursachen zugrunde lagen, zum Ziel der Schaffung einer neuen Ordnung unter der Führung der Arbeiterschaft und bekannte, „alle Bestrebungen zur Einigung der Arbeiterschaft zu unterstützen“<sup>1</sup>.

Vorläufig bestand jedoch objektiv eine weitgehende Interessenidentität zwischen der Politik der KPTsch und der „Treuegemeinschaft“. Die Forderung von Wenzel Jaksch nach Autonomie und nach Gewährung des Selbstbestimmungsrechts für die

<sup>1</sup> Sozialistische Nachrichten. Organ der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei in der Tschechoslowakischen Republik (Auslandsgruppe), London, Nr. 25 vom 15. Oktober 1941.

Deutschen in der ČSR deckte sich mit der ablehnenden Haltung der Kommunisten zum Ziel der Wiederherstellung der ČSR in ihren vormünchener Grenzen. Beuers Bemühungen um die Schaffung einer autonomen sudetendeutschen sozialistisch-demokratischen Exilbewegung war ein erster Erfolg beschieden, als am 28. Juni 1941 in London eine gemeinsame Kundgebung aller deutschen politischen Exilgruppen aus der ČSR stattfinden konnte. Neben den beiden sozialdemokratischen Gruppen um Wenzel Jaksch und Josef Zinner nahmen die Kommunisten und auch die Exilgruppe der deutschen Liberalen aus der ČSR teil<sup>2</sup>.

Nach dem Abschluß der Übereinkunft der tschechoslowakischen Exilregierung mit der UdSSR über Zusammenarbeit im Krieg vom 18. Juli 1941 erfuhr die Politik der KPTsch erneut einen radikalen Richtungswechsel. Die Kommunisten reihten sich in den Auslandswiderstand um Beneš ein und nahmen den Kampf um seine Führung auf. Anfang 1942 wurde die anfänglich weitreichende Selbständigkeit der deutschen Exilgruppe der KPTsch aufgehoben.

### *Zweite Phase: Proletarische Einheit durch nationale Unterwerfung*

Nach der britischen Erklärung über die Unverbindlichkeit des Münchener Abkommens vom 5. August 1942 stand der völkerrechtliche Weg zur Wiederherstellung der ČSR in ihren alten Grenzen offen. Die Diskussion über die Stellung der Deutschen in der ČSR erreichte damit eine neue Dimension. Rudolf Bechyně, ein namhafter und von antideutschem Chauvinismus freier Führer der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, nahm nach diesem Datum in einem Grundsatzartikel ausdrücklich gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker der ČSR und insbesondere der Deutschen Stellung, den das Organ der deutschen KPTsch-Mitglieder im britischen Exil umgehend auszugsweise wiedergab. Die Sudetendeutschen, hieß es darin, seien keine Nation, auch kein Bestandteil der deutschen Nation, sondern eine „besondere deutschsprachige Volksgruppe“ mit engen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bindungen zur tschechischen Nation<sup>3</sup>.

Jaksch änderte auch nach diesem Datum seine Haltung nicht. Er bestand weiterhin auf einer rechtlich verbindlichen Autonomie-Garantie der tschechoslowakischen Exilregierung für die Deutschen in der ČSR und setzte auf Spitzenverhandlungen mit Beneš. Schon ein Jahr später denunzierte Gustav Beuer seine Politik als „gegen die tschechoslowakische Regierung gerichtet“<sup>4</sup>, nach einem weiteren Jahr galt Wenzel Jaksch bereits im tschechoslowakischen Lager und bei mit ihm kooperierenden deutschen Gruppen als zu bekämpfender „Hochverräter“ und „Staatsfeind“. Dennoch berichtete Beuer über ergebnislose „monatelange Verhandlungen“ mit Jaksch und seiner Gruppe im Sommer 1942<sup>5</sup>.

Am 12. September 1942 brachte die kommunistische *Einheit* eine „Erklärung der sudetendeutschen antifaschistischen Emigration in Großbritannien“<sup>6</sup>, unterzeichnet am 1. September von Gustav Beuer und Karl Kreibich für die Kommunisten, Josef

<sup>2</sup> Ebenda Nr. 14/15 vom 15. Juli 1942.

<sup>3</sup> Einheit. Sudeten German Anti-fascist Fortnightly, London, Nr. 16 vom 15. August 1942.

<sup>4</sup> Ebenda Nr. 19 vom 11. September 1943.

<sup>5</sup> Ebenda.

<sup>6</sup> Ebenda Nr. 18 vom 12. September 1942.



Zinner und Josef Lenk für die DSAP (Auslandsgruppe) sowie von Alfred P. Peres und Rudolf Popper für die „Deutsch-Demokratische Freiheitspartei in der ČSR“ (DDFP). Als einzige deutsche politische Exilgruppe aus der ČSR nahm die „Treuegemeinschaft“ die Einladung der Kommunisten nicht an. Die Erklärung enthielt ein Bekenntnis zur ČSR „mit allem Nachdruck“, betonte die Einreihung der Deutschen in die tschechoslowakische Anti-Hitler-Front und stellte damit die „nationale“ Einheitsfront her. An spezifischen deutschen Anliegen enthielt sie lediglich die Forderung nach regelmäßiger Rundfunkpropaganda für die deutsche Bevölkerung der ČSR und nach Erweiterung der Vertretung der demokratischen Deutschen in den Körperschaften der tschechoslowakischen Auslandsbewegung. Im gleichen Sinne äußerte sich auch in einer Rede am 31. August 1942 das einzige deutsche Mitglied im tschechoslowakischen Staatsrat Karl Kreibich, der diesem wichtigen Exilgremium allerdings nur in seiner Eigenschaft als Kommunist angehörte<sup>7</sup>. Wie ferner Beuers Rede vom 16. September 1942 zu entnehmen ist, wurde das tschechische Volk als „der grundlegende, entscheidende und führende Faktor des gemeinsamen Kampfes um die Befreiung der Tschechoslowakei von der Nazi Herrschaft“ anerkannt, doch sprach er sich gleichzeitig auch gegen eine „individuelle Lösung der nationalen Frage“ aus<sup>8</sup>. In dem im Herbst 1942 gebildeten zwölköpfigen „Einheitsausschuß der sudetendeutschen Antifaschisten in Großbritannien“ der KPTsch, der DSAP-Auslandsgruppe und der DDFP<sup>9</sup> war die Jaksch-Gruppe nicht vertreten. Allein die plakative Benutzung des inzwischen inkriminierten Adjektivs „sudetendeutsch“ indiziert jedoch, daß noch keine vorbehaltlose Unterwerfung unter die tschechische Politik stattgefunden hatte<sup>10</sup>. Man hoffte noch, die vielen nur als Gerüchte kursierenden tschechoslowakischen Aussiedlungspläne korrektiv beeinflussen zu können. Doch die Entwicklung eskalierte; Meinungsunterschiede zwischen dem tschechischen und dem deutschen Lager waren noch durchaus vorhanden. Als zum Beispiel im Herbst 1942 der Exilminister Ripka den Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen, den „Transfer“ derjenigen Deutschen, „die dem Henleinismus und Nazismus geholfen haben“, nach Deutschland und schließlich die Preisgabe der sudetendeutschen Terminologie forderte und im Gegenzug lediglich versprach, daß das Zusammenleben zwischen Tschechen und Deutschen ausschließlich von den konkreten Verhältnissen der Zukunft abhängen werde, und alle Abmachungen über den „Transfer“, jede Forderung nach Sicherung der Rechte der Deutschen ablehnte, protestierte selbst die kommunistische *Einheit* verhalten und wiederholte die alten Forderungen nach Gewähr von Sendezeiten und nach Propagandamöglichkeiten<sup>11</sup>. Am 1. Oktober 1942 lud Beuer im Namen des „Einheitsausschusses“ die „Treuegemeinschaft“ erneut zur Teilnahme ein. Zwei Wochen später antwortete Richard Reitzner im Namen der Gruppe, daß keine Möglichkeit zur ständigen Kooperation gegeben sei, solange keine Einigung über ein positives Mindestprogramm und die Vorbereitung einer Lösung der

---

<sup>7</sup> Ebenda Nr. 18 vom 12. September 1942.

<sup>8</sup> Ebenda Nr. 19 vom 26. September 1942.

<sup>9</sup> Ebenda Nr. 20 vom 10. Oktober 1942.

<sup>10</sup> Ebenda.

<sup>11</sup> Ebenda Nr. 22 vom 7. November 1942.

sudetendeutschen Frage auf der Grundlage demokratischer Gleichberechtigung vorlägen<sup>12</sup>. Die Bemühungen um die Gewinnung der Jaksch-Gruppe wurden von den Kommunisten noch 1943 fortgesetzt. Im Sommer 1943 trat sogar Jaksch an den „Einheitsausschuß“ heran und schlug Verhandlungen über eine Zusammenarbeit vor. Ein vorbereitendes Treffen verlief allerdings ergebnislos, weil Jaksch nicht bereit war, von seiner Forderung nach einer verbindlichen Fixierung der künftigen staatlichen Stellung der Deutschen in der ČSR abzurücken<sup>13</sup>. Doch die Kritik an den Kommunisten war auf sozialdemokratischer Seite auch grundsätzlicher Art: „Der Ruf nach mechanischer Einheit der Arbeiterklasse, ohne gemeinsamen ideellen Inhalt, ohne den Versuch einer Beantwortung der großen Schicksalsfragen der Völker, ohne neue Formulierung ihrer sozialistischen Aufgabe, wäre eine Wiederholung bankrotter Schlagworte aus den Dreißigerjahren. Die Sudeten-Kommunisten machen heute eine Politik des Haschens nach kleinen taktischen Vorteilen in der Emigration, eine Politik gegen die oppositionellen Kräfte der Heimat“, hieß es im Organ der „Treuegemeinschaft“ zur Komintern-Auflösung<sup>14</sup>.

Im „Einheitsausschuß“ setzte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 die offizielle tschechische Auffassung durch, daß die Mehrheit der Sudetendeutschen Hitler unterstützt und dafür die Verantwortung zu tragen habe (Beuer), sogar Vansittartsche Positionen, die von einer Gesamtschuld (Zinner) ausgingen, sind auszumachen. Die neue Lesart lautete, daß nur eine sehr kleine Minderheit der Deutschen in der ČSR aktive Antifaschisten seien.

Am 16. und 17. Oktober 1943 fand unter der Teilnahme von 500 Delegierten eine Landeskonzferenz der deutschen Antifaschisten aus der Tschechoslowakei statt. Alle Ansprachen standen im Zeichen des Widerstandes gegen Hitler, unter demselben Motto stand auch „Der Aufruf an das sudetendeutsche Volk“<sup>15</sup>. Die Konferenz ging zu Ende mit der Wahl eines fünfzigköpfigen „Sudetendeutschen Ausschusses. Vertretung der demokratischen Deutschen aus der ČSR“, dem neben Vertretern aller „Einheitsausschuß“-Gruppen auch parteipolitisch unabhängige Persönlichkeiten angehörten. Am 28. November 1943 folgte auch in Stockholm eine Konferenz deutscher Antifaschisten aus der ČSR, die ebenfalls einen „Einheitsausschuß“ aus drei Sozialdemokraten und zwei Kommunisten bildete<sup>16</sup>.

Die hinter Wenzel Jaksch stehende sozialdemokratische Gruppe wurde nach diesem Datum ausgegrenzt. In einem Grundsatzartikel, „Unsere große Chance“, sprach sich Beuer<sup>17</sup> gegen die Zulassung der sozialdemokratischen Mehrheitsgruppe in der neuen Republik aus. Zuzulassen sei nur die Zinner-Gruppe, die „konsequent den Weg des antifaschistischen Kampfes und der Einheit der antifaschistischen Bewegung gegangen [ist]. Sie wird auf der einen Seite mit der tschechischen Sozialdemokratie, auf der anderen Seite mit den Kommunisten eng zusammenarbeiten. Die deutschen

<sup>12</sup> E b e n d a Nr. 22 vom 7. November 1942.

<sup>13</sup> Gustav Beuer in: *Einheit* Nr. 19 vom 11. September 1943.

<sup>14</sup> Vgl. Kommunisten ohne Komintern, in: *Sozialdemokrat*, London, Nr. 45/46 vom 15. Juli 1943.

<sup>15</sup> *Einheit* Nr. 22 vom 23. Oktober 1943.

<sup>16</sup> E b e n d a Nr. 3 vom 29. Januar 1944.

<sup>17</sup> E b e n d a Nr. 16 vom 29. Juli 1944.

Kommunisten werden weiterhin Mitglieder der Kommunistischen Partei sein. So wird [. . .] der Neuaufbau der deutschen Arbeiterbewegung [. . .] in unserer Heimat auf das engste mit dem Block der drei tschechoslowakischen Arbeiterparteien und der tschechoslowakischen Nationalen Front verbunden sein.“

Die DSAP (Auslandsgruppe) übernahm auf ihrer Parteikonferenz am 1. Oktober 1944 weitgehend das damalige tschechoslowakische Schema zur Lösung der deutschen Frage in der Nachkriegs-ČSR:

1. Bestrafung aller, die sich gegen die Republik vergangen und die Nazis aktiv unterstützt haben, unter Einschluß der Ausbürgerung und der Vermögenskonfiskation;
2. Garantie der ČSR-Staatsbürgerschaft für aktive deutsche Antifaschisten;
3. für alle anderen Optionsfreiheit für Deutschland oder die ČSR, wobei allerdings tschechoslowakischen Organen die letzte Entscheidung zugestanden wurde<sup>18</sup>.

Schon eine Woche später stand tschechischerseits eine neue Lösung dieses Kardinalproblems ins Haus. Die tschechoslowakischen Deutschen seien nazistisch verseucht, ein weiteres Zusammenleben zwischen Deutschen und Tschechen sei unvorstellbar, führte Minister Ripka auf der Konferenz der „Vertretung der demokratischen Deutschen aus der ČSR“ vom 7./8. Oktober 1944 aus. Um diese Frage „ein für alle Mal“ zu lösen, heiße die neue Lösung der tschechoslowakischen Exilregierung: Aussiedlung der Mehrheit und Assimilation der staatsloyalen Deutschen. Beuer bezichtigte auf der Tagung Jaksch des Hochverrates und stimmte dieser „Endlösung“ zu. Auch Zinner legte ein „bedingungsloses Bekenntnis“ des Ausschusses zum Nationalstaat der Tschechen, Slowaken und Karpatho-Ukrainer ab, ferner erklärte er dessen Bereitschaft, gegenüber der Republik seine Pflicht zu erfüllen<sup>19</sup>.

### *Dritte Phase: Einheit durch Selbstaufgabe*

Am 1. Oktober 1944 führte Josef Zinner vor Funktionären seiner Gruppe unter Hinweis auf die Fusion der slowakischen Sozialdemokraten mit den Kommunisten aus, daß „die Zusammenarbeit zwischen uns und den kommunistischen Freunden [sich] derart vertieft hat, daß mit der vollkommenen Liquidierung der Spaltung der Arbeiterklasse gerechnet werden kann“<sup>20</sup>. Mit Beuer beschloß er am 22. November, eine gemeinsame Delegierten-Konferenz beider Gruppen für den 27. und 28. Januar 1945 einzuberufen, um „die politische und ideologische Grundlage der Zusammenarbeit und Aktionseinheit [zu] erweitern und [zu] verstärken“<sup>21</sup>. In einem Grundsatzartikel, „Die Funktion der Sozialdemokratie bei der Einigung der Arbeiterbewegung“, nahm Zinner zu diesem Thema noch vor Konferenzbeginn Stellung: Die Mehrheit der deutschen Arbeiter der ČSR kämpfte auf der Seite der Reaktion, die deutschen Arbeiter [. . .] „haben [. . .] Verrat an ihrer eigenen Klasse begangen“, hieß es dort, und also sei die Vorbedingung zur Einigung der deutschen Arbeiter in der

<sup>18</sup> E b e n d a Nr. 21 vom 7. Oktober 1944.

<sup>19</sup> E b e n d a Nr. 22 vom 21. Oktober 1944.

<sup>20</sup> Sozialistische Nachrichten Nr. 19/20 vom 15. Oktober 1944.

<sup>21</sup> Einheit Nr. 25 vom 2. Dezember 1944.

ČSR die Einheit gegen den Faschismus. Diese Schlußfolgerung verrät den im dialektischen Materialismus ungeübten Sozialdemokraten. Doch Zinner schloß daran eine radikale Kritik an und die eindeutige Ablehnung der Traditionen der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung, die in der Feststellung gipfelte, daß nach 1917 „die Führung der modernen Arbeiterbewegung übergegangen [war] in die Hände der Bolschewiki“. Die deutsche Sozialdemokratie in der ČSR werde daher vor allem mit den Kommunisten in enger Aktionseinheit zusammenarbeiten<sup>22</sup>. Euphorisch berichteten im Februar die *Sozialistischen Nachrichten* der DSAP-Auslandsgruppe über die Konferenz: Die Hauptreferenten Beuer und Zinner „stellten unter begeisterter Zustimmung der Konferenzteilnehmer fest, daß die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse in unserem Sektor überwunden sei. Die Einheit der Arbeiterfront marschiere. Sie zu einer Einheitspartei zu verschmelzen, sei eine heimatliche Aufgabe.“<sup>23</sup>

Mit der Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses war die Einheit faktisch vollzogen. Offene Fragen, wie sie sich auch beispielsweise aus der Anwesenheit eines hochrangigen Vertreters des Blocks der drei tschechoslowakischen sozialistischen Parteien ergeben, müssen als Fragen nach der fulminanten Taktik der KPTsch im Kampf um die totale Macht zurückgestellt werden.

#### Bilanz<sup>24</sup>

Gustav Beuer, der kommunistische Initiator und Organisator der erfolgreichen Einheitskampagne, wählte nach Kriegsende Berlin zur Heimat; sein sozialdemokratischer Partner Josef Zinner blieb im englischen Exil. Nur in wenigen Ausnahmefällen wurde Anhängern der sudetendeutschen Einheitsbewegung nach Kriegsende von der

<sup>22</sup> E b e n d a Nr. 27 vom 30. Dezember 1944.

<sup>23</sup> Sozialistische Nachrichten Nr. 3/4 vom 15. Februar 1945. Gesperrt im Original.

<sup>24</sup> Weiterführende Literatur: Bachstein, Martin K.: Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Sozialdemokratie. München 1974. – Beuer, Gustav: Sudetendeutsche wohin? O. O., o. J. [London 1943]. – D e r s.: Berlin or Prague? London 1944. – Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte München und der Research Foundation for Jewish Immigration Inc. New York. Bd. 1. München u. a. 1980. – Brod, Toman: Beseda s bývalými příslušníky „Mladého Československa“ a komunistické emigrace ve Velké Británii [Diskussion mit den ehemaligen Mitgliedern der „Jungen Tschechoslowakei“ und der kommunistischen Emigration in Großbritannien]. Odboj a revoluce. Zprávy. 4/3, 4 (1966). – Brügel, Johann Wolfgang: Tschechen und Deutsche 1939–1946. München 1964. – D e r s.: Zur Geschichte der Zinner-Gruppe. Hrsg. für die Arbeitsgemeinschaft ehemaliger deutscher Sozialdemokraten aus der Tschechoslowakei von Rudolf Zischka. Tann/Niederbayern o. J. – Foitzik, Jan: Kadertransfer. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31/2 (1983) 308–334. – Grünwald, Leopold: In der Fremde für die Heimat. München 1982. – Kaplan, Karel: Das verhängnisvolle Bündnis. Wuppertal 1984. – Krejčí, Jaroslav (Hrsg.): Sozialdemokratie und Systemwandel. Berlin-Bonn 1978. – Křen, Jan: V emigraci [In der Emigration]. Prag 1969. – Kuhn, Heinrich: Der Kommunismus in der Tschechoslowakei. Köln 1965.

Fundstellen der zitierten Zeitschriften: Einheit. Sudeten German Anti-fascist Fortnightly, London 1940–1945, beim Collegium Carolinum München; Sozialistische Nachrichten. Organ der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei in der Tschechoslowakischen Republik (Auslandsgruppe), London 1940–1945, am Lehrstuhl für politische Wissenschaft und Zeitgeschichte II der Universität Mannheim.



tschechoslowakischen Regierung die Rückkehr in die Heimat erlaubt. Nicht anders erging es ihrer politischen Klientel, den deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei: Innerhalb eines Jahres wurden sie nach Kriegsende des Landes verwiesen. Die Kommunisten gingen in die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands, die Sozialdemokraten in die amerikanische Besatzungszone. Der Überstellung ging eine Überprüfung ihres „einheitspolitischen Bewußtseinsstandes“ durch eine Sonderkommission des ZK der KPTsch voraus. Lediglich 1 500 deutsche Sozialdemokraten aus der ČSR, etwa zwei Prozent der Parteimitglieder, wurden von den Kommunisten für reif befunden, der sich noch in der Planungsphase befindlichen SED zur Verfügung gestellt zu werden.

Die tschechoslowakischen Kommunisten standen nicht unter der Zwangssituation eines geteilten Landes, ihre Geschichtsschreibung braucht daher im Unterschied zur SED wenig Rücksicht nehmen auf ihre legitimatorisch-agitatorischen Aspekte. Die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung hat in ihrem Geschichtsverständnis keinen eigenständigen Stellenwert, sie ist lediglich eine Fußnote wert und wird unmißverständlich als die „Liquidierung der Sozialdemokratie“, d. h. „der traditionellen Stütze der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterschaft“, interpretiert und abqualifiziert.

Die Einheitsbestrebungen in der deutschen Arbeiterbewegung aus der ČSR im Exil wurden nach diesem Schema zunichte gemacht. Die Vielfalt der taktischen Möglichkeiten entsprach der nicht zuletzt auch infolge der außenpolitischen Imponderabilien und endogenen organisationspolitischen Faktoren äußerst komplexen politischen Struktur des tschechoslowakischen Auslandswiderstands. Diese Komplexität bot gleichzeitig weitreichende organisatorische Handlungsfreiheit derjenigen politischen Kraft, die in einem besonderen Vertrauensverhältnis zu der Großmacht stand, die sich im außenpolitischen Fokus der tschechoslowakischen staatlichen Regeneration nach dem Krieg befand: der Sowjetunion.

Vor diesem Hintergrund kann der Verlauf der sudetendeutschen Einheitsbestrebungen in der Arbeiterbewegung klar periodisiert werden: Mit dem Ausklang der Phase der Einheits- und Volksfrontpolitik der dreißiger Jahre begann im August 1939 eine kurze Phase der Unsicherheit und Widersprüche, die nach dem deutschen Einfall in die Sowjetunion überwunden wurde. In der daran anschließenden Zeitspanne erfolgte die Anerkennung der Führungsrolle der Tschechen und Slowaken im Befreiungskampf zunächst durch die sudetendeutschen Kommunisten, eine landesspezifische Anwendung der Komintern-Politik der „Nationalen Front“. Abgeschlossen wurde diese Phase im Sommer/Winter 1943. Als markanter Punkt ist nicht nur die Auflösung der Komintern im Sommer, sondern auch der Abschluß des sowjetisch-tschechoslowakischen Freundschaftsvertrages im Dezember 1943 zu nennen. In dieser Phase fanden die letzten Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Mehrheitsgruppe um Wenzel Jaksch statt. Sie wurden im Sommer 1943 zu einem Zeitpunkt abgebrochen, als die Einheitskräfte bereits auf Gedeih und Verderb der politischen Linie der Kommunisten ausgeliefert waren. Die Preisgabe der nationalen und kulturellen Identität wurde im letzten Zeitabschnitt mit der völligen Preisgabe der politischen Identität der einheitsoffenen deutschen Sozialdemokraten an der Jahreswende 1944/45 abgeschlossen.

Die vielschichtige Komplexität der Prozesse wirft zahlreiche Fragen auf. Zwei seien aus exemplarischen Gründen kurz angeschnitten:

Erstens: Die Politik der DSAP-Auslandsgruppe war sowohl in ihrem nationalen als auch im spezifischen „proletarisch-sozialistischen“ Gehalt mit evidenten immanenten Widersprüchen behaftet. Denn zum einen war die KPTsch-Gruppe um Gustav Beuer ein weisungsgebundener Bestandteil der gesamtschechoslowakischen kommunistischen Partei und keine Organisation der Deutschen aus der ČSR. Zum anderen können im britischen Exil, trotz persönlicher Kontakte, keine Ansätze zur institutionellen Kooperation zwischen deutschen und tschechoslowakischen Sozialdemokraten festgestellt werden, was unter den gegebenen Umständen nähergelegen hätte als die Zusammenarbeit mit tschechoslowakischen Kommunisten. Komplizierte Sachverhalte können oft auf eine sehr einfache Weise gelöst werden, durch den Hinweis auf bestehende Sprachbarrieren beispielsweise.

Zweitens: Die klassische Devise „Spalten und Vernichten“ wurde durch die KPTsch im Exil auch gegenüber anderen konkurrierenden Gruppen stringent angewandt, nicht nur gegenüber Teilen der sudetendeutschen Sozialdemokratie. Auf Initiative der KPTsch wurde schon im Exil das institutionelle Geflecht des politischen Systems der Nachkriegs-ČSR (Einheitsgewerkschaft, Sozialistischer Block, Nationale Front, in einigen Sektoren auch die Einheitspartei) weitgehend geschaffen. Doch wiederum waren es die Kommunisten, die nach Kriegsende aus machttaktischem Kalkül nunmehr die Fortschreibung dieser politischen Praxis hemmten, um sie auf diese Weise zu kontrollieren und zu steuern, und dies damit begründeten, daß das Volk in der Heimat die letzte Entscheidung haben müsse. Mit dem nämlichen zutiefst „demokratischen“ Argument hatte die „bürgerliche“ tschechoslowakische Exilregierung alle Bemühungen der deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten aus der ČSR zunichte gemacht.